

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

29. März – 04. April 2025

Die ehemalige Parteivorsitzende und heutige Fraktionschefin der rechtspopulistischen Partei *Rassemblement National* (RN), Marine Le Pen, und acht Europaabgeordnete der Partei, sind am Montag, dem 31. März 2025, der Veruntreuung öffentlicher Gelder für schuldig befunden worden. Die Parteivertreter sollen zwischen 2004 und 2016 ein „System der Veruntreuung“ von EU-Geldern für die Einstellung von parlamentarischen Mitarbeitern eingerichtet haben, um die politischen Aktivitäten der Partei zu finanzieren. Der Schaden wurde vom Europäischen Parlament auf fast 7 Millionen Euro geschätzt. Die zwölf parlamentarischen Assistenten, die ebenfalls vor Gericht standen, wurden der Hehlerei für schuldig befunden. Wir haben einen Länderbericht zu diesem Thema verfasst, den Sie auf unserer [Website](#) und in unserem Newsletter der Woche finden.

François Bayrou hat die von Donald Trump angekündigte Erhöhung der US-Zölle auf Importe aus der Europäischen Union um 20 % scharf kritisiert. Er bezeichnete die Entscheidung als große Schwierigkeit für Europa und als Katastrophe sowohl für die USA als auch für deren Bürger. Für ihn stellt die Einführung von Handelsbarrieren eine gefährliche Entwicklung dar, bei der sich die großen Weltregionen voneinander abschotten. Er warf den USA vor, sich mit dieser Maßnahme von ihren Verbündeten abzuwenden und die bisherige transatlantische Solidarität in Frage zu stellen. Die Situation sei ernst und führe zu einer Phase der Unsicherheit, die die europäische Wirtschaft und Gesellschaft bedrohe. Emmanuel Macron hatte außerdem am Donnerstagnachmittag ein Treffen im Élysée-Palast organisiert, bei dem Vertreter der von den US-Zollmaßnahmen betroffenen Branchen versammelt waren. Macron betonte die Notwendigkeit einer geschlossenen Reaktion auf die Maßnahmen von Trump. Der Wirtschaftsminister betonte seinerseits, dass die europäische Antwort nicht unbedingt in einer Erhöhung der Zölle bestehen müsse, da dies weitere negative Auswirkungen auf Europa haben könnte, sondern dass es vor allem darum gehe, eine angemessene Antwort zu geben, die es Europa ermögliche, gleichberechtigt mit den USA am Verhandlungstisch zu sitzen.

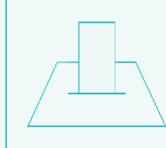
Der französische Präsident Emmanuel Macron und sein algerischer Amtskollege Abdelmadjid Tebboune haben telefonisch beschlossen, ihre bilateralen Beziehungen neu zu beleben und auf eine ruhige und konstruktive Basis zu stellen. Die diplomatischen Beziehungen waren in den vergangenen Monaten, insbesondere seit Juli, angespannt. Beide Länder wollen nun wieder enger in den Bereichen Migration und Sicherheit zusammenarbeiten, insbesondere im Kampf gegen Terrorismus und Menschenhandel. Im Rahmen dieses Dialogs wird der französische Außenminister am 6. April nach Algier reisen. Ein Besuch des französischen Justizministers ist ebenfalls geplant, um die justizielle Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu verbessern. Die Präsidenten äußerten auch die Absicht, sich persönlich zu treffen, ohne jedoch ein konkretes Datum zu nennen. Emmanuel Macron bat auch um ein Zeichen der Nachsicht im Fall des französisch-algerischen Schriftstellers Boualem Sansal, der in Algerien unter anderem wegen Gefährdung der nationalen Einheit zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde.

Die französische Nationalversammlung hat in erster Lesung ein Gesetz zur Bekämpfung des Drogenhandels angenommen. Der Entwurf stammt aus dem Senat und wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Regierungsparteien, der *Rassemblement National* und die Sozialisten stimmten dafür. Die linkspopulistische Partei *La France Insoumise*, die Grünen und die Fraktion der Union der Rechten stimmten entweder dagegen oder enthielten sich der Stimme. Ein zentrales Element des Gesetzes ist die Einführung eines „Sonderprotokolls“, das es ermöglicht, Anwälten bestimmte Informationen über besondere Ermittlungsmethoden vorzuenthalten. Die endgültige Verabschiedung ist für Ende April geplant. Regierungsmitglieder sehen in dem Gesetz ein wichtiges Instrument zur besseren Bekämpfung krimineller Netzwerke.

Der Gesetzesvorschlag zur ausdrücklichen Aufnahme des fehlenden Einverständnisses in die strafrechtliche Definition von Vergewaltigung wurde von der französischen Nationalversammlung angenommen. Bislang definiert das Strafgesetzbuch Vergewaltigung nur als einen Akt der Penetration unter Gewalt, Zwang, Drohung oder Überraschung, ohne die Frage des Einverständnisses klar zu regeln. Der neue Entwurf soll jede sexuelle Handlung ohne Zustimmung als Vergewaltigung oder sexuelle Gewalt einstufen. Damit sollen Ermittlungen und gerichtliche

Verfahren besser geführt werden können. In erster Lesung wurde der Vorschlag mit 161 Ja-Stimmen und 56 Nein-Stimmen angenommen. Ablehnung kam unter anderem vom *Rassemblement National*, von Abgeordneten aus dem Lager der *Union der Rechten* sowie von einigen Sozialisten. Kritiker sehen die Gefahr, dass der Fokus der Ermittlungen stärker auf dem Verhalten des Opfers liegt. Die Befürworter hingegen argumentieren, dass die Neuregelung rechtliche Lücken schließen und bisher unzureichend berücksichtigte Situationen erfassen würde. Der Entwurf muss noch vom Senat bestätigt werden.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Eric Zemmour, Vorsitzender der rechtsextremen Partei *Reconquête*, wurde zu einer Geldstrafe von € 10.000 verurteilt, weil er in einer Fernsehsendung im Oktober 2019 behauptet hatte, dass der ehemalige Chef der Regierung des Vichy-Regimes während der Besatzung Frankreichs durch die Nationalsozialisten, Philippe Pétain, französische Juden gerettet. Etwa 75.000 Juden wurden zwischen 1942 und 1944 mit Zustimmung des von Pétain geführten Vichy-Regimes aus Frankreich deportiert.

DIE ZAHL DER WOCHE

1,8 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	
9	8	2	0
			1

Im Jahr 2024 sind die Treibhausgasemissionen in Frankreich laut vorläufigen Daten des interprofessionellen Zentrums für Studien zur Luftverschmutzung (Citepa) um 1,8 % zurückgegangen. Der Rückgang ist bedeutend geringer als jener im Jahr 2023 (5,8 %) und reicht nicht aus, um die künftigen Klimaziele zu erreichen. Die geschätzten Emissionen für 2024 liegen bei 366 Millionen Tonnen CO2 – dem niedrigsten Stand seit 1990. Der Rückgang betrifft vor allem den Energiesektor, insbesondere durch den Beitrag der Kernenergie und erneuerbaren Energien. Dagegen zeigen die Bereiche Verkehr und Wohngebäude kaum Fortschritte bei der Emissionsminderung. Um bis 2030 das Ziel von 50 % weniger Emissionen gegenüber 1990 zu erreichen, müsste Frankreich im Durchschnitt jährlich 15 Millionen Tonnen CO2 einsparen. 2024 lag der Rückgang jedoch nur bei 6,7 Millionen Tonnen.